

Zeitschrift für angewandte Chemie

Band I, S. 1—4

Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

2. Januar 1920

Die Gründung von Chemikerschaften.

Von Wilhelm Mischon.

Einer Reise wegen konnte ich den Artikel des Herrn H e l l e r in Nr. 89 S. 742 dieser Zeitschrift erst 14 Tage später lesen. Ich bedaure sehr, daß der Verfasser in dem erwähnten Aufsatz einen stark persönlichen Ton führte.

Die Studierenden von heute sind gereifter als die vor dem Kriege, sie haben alle die letzten schrecklichen Jahre miterlebt. Mit dem besten und edelsten Streben vorwärts zu kommen, fluteten sie nach Kriegsende zurück zu den Universitäten und fanden dort zwar all die schönen aber auch die hemmenden Einrichtungen aus der Zeit vor dem großen Kriege wieder. Wie viele berechtigte Wünsche wurden den Assistenten und Professoren vorgebracht, aber es schien, als ob alle Verbesserungsversuche wieder im Strudel des alten Betriebes untergehen sollten; da reckten sich die Köpfe und man strebte zum Zusammenschluß, um geeint jene Wünsche äußern zu können. Wie notwendig es war, daß sich die Chemiestudierenden vereinigten, wird schon durch die bisherigen Leistungen der Chemikerschaften bewiesen.

Jedes Studium ist jetzt entsetzlich teuer und besonders das Studium der Chemie. Gerade die Leipziger Chemikerschaft hat verschiedene Pläne zur Durchführung gebracht, die der ersten Not abhelfen, weitere Verbilligungsreformen sind in Bearbeitung. So kauft die Leipziger Chemikerschaft mit ministerieller Genehmigung die noch brauchbaren chemischen Gerätschaften aus staatlichen Betrieben auf und bringt sie zum Selbstkostenpreis zur Verteilung. Sie macht es ihren Mitgliedern zur Pflicht, ihre Glassachen beim Verlassen der Universität im Falle einer Veräußerung nur an die Chemikerschaft abzugeben. Vielleicht hat sogar auch Herr H e l l e r schon den billigen guten Friedensgummischlauch zu 4 M das Meter von der Chemikerschaft gekauft, während dieselbe Ware in den einschlägigen Geschäften 9—10 M das Meter kostete.

Was antwortet nun Herr H e l l e r darauf, daß das Studium teuer ist. Nichts, er erzählt etwas von dem vielen Geld, das der Chemiker später verdient (auch hier erlaube ich mir ein Fragezeichen) und führt einen Seitenhieb auf die Studenten, indem er betont, daß „mangelhafte Handhabung von Apparaten und Methoden unverhältnismäßig große Kosten verursachen“.

Wer im Münchener Staatslaboratorium studiert hat, kennt den Segen der dortigen Einrichtung, der darin besteht, daß die Glassachen den Studierenden kostenlos zur Verfügung gestellt werden, so zwar, daß ihnen nur die Gegenstände, die sie zerbrochen haben, berechnet werden.

Herr H e l l e r versucht dieses System durch die üblichen Erfahrungen abzutun, die wir während des Krieges gemacht haben. Dieser Vergleich ist aber durchaus unzutreffend. Herr H e l l e r sagt: „Der Erfolg würde der jedes unpersönlichen Besitzes (wir haben im H e r e ja überreiche Erfahrungen gesammelt) sein.“ Die Universität München stellte die Glassachen zwar kostenlos zur Verfügung, aber jede Beschädigung eines Gegenstandes mußte bezahlt werden. Das Becherglas, der Erlenmeyer usw. geht, sobald der Entleiher sie nur wenig beschädigt, in den persönlichen Besitz über gegen Entrichtung des vollen Preises.“

Von den Glasbläserkursen, die dort erst auf Anregung der Chemikerschaft in sämtlichen Leipziger chemischen Instituten eingeführt wurden, will ich nicht weiter sprechen, ebenso nicht von der Auskunftsstelle. Die Chemikerschaft hat Gründe genug, eine Auskunftsstelle für die Chemiestudierenden insbesondere einzurichten.

Und nun zur letzten These des H e l l e r schen Artikels, die den Anschluß an den Bund angestellter Chemiker und Ingenieure betrifft. Die Chemikerschaften streben im allgemeinen den Anschluß an schon bestehende Chemikerorganisationen, wie Verein deutscher Chemiker und Bund angestellter Chemiker und Ingenieure an. Die Fühlungnahme mit dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure wurde aber nicht genommen, um in Lohnverhältnisse eingeweiht zu werden, sondern um eine persönliche Verbindung mit den schon in der Technik tätigen Herren und damit einen leichteren Übergang von Universität zur Praxis herzustellen. Ich für meinen Teil halte es auch noch für dringend notwendig, daß der Studierende schon frühzeitig in Organisationsfragen eingeweiht wird, wir brauchen in der Technik den Organisator ebenso wie den Wissenschaftler.

Wenn ich den Satz des Herrn H e l l e r lese „Organisationen der Chemiestudierenden sind abzulehnen“, da sie „letzten Endes im Gefolge der Arbeiterbewegung landen“, muß ich stets daran denken,

dass dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure dasselbe vorausgesagt wurde. Herrn H e l l e r verweise ich auf die betreffenden Aufsätze des Bundes angestellter Chemiker und Ingenieure in der Zeitschrift für angewandte Chemie.

Alles in allem zeigt der erwähnte Artikel, daß der Verfasser nicht orientiert ist über die Arbeiten der Chemikerschaften, er kennt den Geist nicht, der in dieser neuen Organisation herrscht. Dieser Geist wird nicht „den Reaktionen der Massenseele widerstandslos nachgeben“. Die Chemikerschaft ist und bleibt die wichtige Instanz, die dem jungen Chemiker den ersten Schritt zur Praxis leicht machen soll, sie wird dem Dozenten die Wünsche des Studenten vortragen, sie wird mit dazu helfen, Chemiker heranzubilden, die ihre Zeit verstehen.

Wochenschau.

(13./12. 1919.) Die neuerdings eingetretene Kälteperiode, die ihren Höhepunkt anscheinend aber noch nicht erreicht hat, lenkt erneut die Aufmerksamkeit der Verbraucher auf die Versorgung mit Brennstoffen, die sich trotz aller Maßnahmen im Laufe der Berichtswoche wieder verschlechtert hat. Aus allen Teilen des Reiches kommen Klagen über mangelnde Versorgung, welche zu Betriebs einschränkungen und Stilllegungen auch da nötigen, wo solche bisher noch zu vermeiden waren. Wie wir schon früher an dieser Stelle ausführten, steht uns das Schlimmste hinsichtlich der Versorgung mit Brennstoffen noch bevor, so daß wir alle Kräfte anspannen müssen, wenn die Betriebe nicht noch weiter eingeschränkt werden sollen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau, wie sie von den Bergarbeiterverbänden, unbekümmert um unsere allgemeine Notlage, vom 1./2. 1920 an erzwungen werden soll, muß uns naturgemäß unser Dasein erst recht erschweren. Würde die Frage der Schichtdauer auf internationalem Wege geregelt, so ließe sich gegen eine allgemeine und gleichmäßige Verkürzung der Arbeitszeit auf 6 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt weniger einwenden, als wenn nur im deutschen Bergbau eine solche Verkürzung vorgenommen wird. Wollen wir wieder hoch kommen, so bleibt uns bei der Entwertung unseres Geldes nichts anderes übrig, als mehr hervorzubringen und weniger zu verbrauchen als vor dem Kriege, während aber gerade das Gegenteil mit allen Mitteln zu erreichen gesucht wird.

Die Schichtdauer von 6 Stunden unter Tage einschließlich Ein- und Ausfahrt gestattet eine wirkliche Arbeitszeit von $4\frac{1}{2}$ —5 Stunden. Die Verkürzung durch Steigerung der Belegschaften auszugleichen, ist bei dem Mangel an Wohngelegenheit einfach unmöglich, und daß in der sechsstündigen Schicht so viel geleistet werden soll als in der siebenstündigen, ist doch überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit. In den Verhandlungen des Ausschusses zur Prüfung der Arbeitszeit im Bergbau haben die Arbeitervertreter keinen Zweifel gelassen, daß die Arbeiterschaft unter Tage auf die Einführung der Sechsstundenschicht nicht verzichtet. Dann möge man aber wenigstens bis zum 1./7. hiermit warten, wenn die Steigerung der Belegschaftszahlen solche Fortschritte gemacht hat, daß sie die Verkürzung der Arbeitszeit etwas auszugleichen vermögen. Die Folge der Verkürzung der Schichtdauer ist allgemeiner Rückgang der Leistungsfähigkeit des Bergbaus, so daß eine entsprechende Steigerung der Kohlenpreise die notwendige Folge sein wird. Durch die Verteuerung der Brennstoffe wird aber die gesamte Lebenshaltung immer kostspieliger, wogegen beispielsweise in England die Preise der Haushaltstreibstoffe nicht wesentlich herabgesetzt worden sind. Gerade die Kohle, deren gesteigerte Ausfuhr in erster Linie geeignet ist, unsere Valuta im Auslande zu verbessern, wird statt in größeren Mengen gewonnen, ein Zustand, der den so dringend notwendigen Gesundungsprozeß unserer Wirtschaft immer weiter hinausschiebt.

Eine andere Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie die Einführung eines allgemeinen Börsenruhetages in der Woche darstellt, dürfte auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse unseres Erachtens nur von günstigem Einfluß sein. Der Ertrag der Sparprämienanleihe von 3,8 Milliarden M hat die Erwartungen jedenfalls nicht wenig getäuscht und dazu hat das Effektengeschäft offenbar nicht wenig beigetragen, abgesehen davon, daß sich der gezeichnete Betrag zum großen Teil auch noch aus Kriegsanleihe zusammensetzt. Wenn nun durch Einführung eines Börsenruhetages das Effektengeschäft

entsprechend verringert wird, so wird der Allgemeinheit dadurch jedenfalls weniger Gelegenheit gegeben, ihr Geld zum Börsenspiel zu benutzen. Wir würden es daher nur begrüßen können, wenn bis auf weiteres der Börsenruhetag eingehalten wird. So wie die Börsengeschäfte jetzt betrieben werden, kann es auf die Dauer jedenfalls nicht weitergehen. Weite Volkskreise, welche früher dem Börsenspiel gänzlich fern standen, haben jetzt eine Art Gewerbe daraus gemacht, sich durch Unternehmungen an der Börse die Zeit zu vertreiben. Es könnte gewiß nicht schaden, wenn die Regierung auch dem Verkehr an den Börsen einmal ihre Aufmerksamkeit schenken wollte, wie dies früher schon einmal in ihrer Absicht lag. Wir haben auf allen wirtschaftlichen Gebieten Auswüchse zu beklagen, die tunlichst ausgemerzt werden sollten.

Der Wert der Reichsmark war im Laufe der Berichtswoche merklichen Schwankungen unterworfen, ein Ansatz zur Besserung immerhin vorhanden, worauf wir zunächst aber keine große Hoffnungen setzen wollen. Wir müssen erwarten, daß der Friedenszustand nun möglichst bald ausgesprochen wird, so daß wir in die Lage kommen, unsere gesamten Grenzen wieder selbst zu überwachen, um die Ein- und Ausfuhr in der Hand zu haben. Solange wir hierüber nicht uneingeschränkt zu bestimmen haben, wird durchgreifende Besserung unserer Währung nicht erwartet werden können. Selbstverständlich kann die Überwachung der Einfuhr nur in Händen der Regierung liegen, welche von allen wirtschaftlichen Korporationen hierbei tatkräftig unterstützt werden muß.

Kurssteigerungen von Valutapapieren waren auch diesmal zu verzeichnen, die Haltung der Börse im großen und ganzen aber unentschieden. An der Frankfurter Börse notierten am 12./12. Aschaffenburg Zellstoff —, Cementwerk Heidelberg 180, Anglo-Kont. Guano 351, Badische Anilin und Soda 479,50, Gold- und Silber-Scheide-Anstalt 498, Chem. Fabrik Goldenberg —, Th. Goldschmidt —, Chem. Fabrik Griesheim 246,50, Farbwerke Höchst 317, Ver. chem. Fabriken Mannheim —, Farbwerk Mühlheim —, Chem. Fabrik Weiler 222,50, Holzverkohlung Konstanz 239, Rütgerswerke 206, Wegelin Ruß —, Chem. Werke Albert —, Schuckert Nürnberg 142, Siemens & Halske Berlin 238, Lederwerke Rothe Kreuznach —, Verein deutscher Ölfabriken Mannheim 197,50, Zellstofffabrik Waldhof 209, Ver. Zellstoff Dresden 225, Zuckerfabrik Badenia 350, Zuckerfabrik Frankenthal 415%. *k***

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

Frankreich. Wie das „Echo de Paris“ mitteilt, hat der Ministerrat die Einfuhr von Waren aus Deutschland und anderen Ländern bewilligt. Die Einfuhr soll alsbald nach Inkraftsetzung des Friedensvertrages beginnen. Sie ist an keine weiteren Formalitäten gebunden als an die bestehenden Zolltarife. („D. Allg. Z.“) *on.*

Durch Gesetz vom 7.11. 1919 ist der Zolltarif für die Einfuhr von chemischen Erzeugnissen vervollständigt und geändert worden. Farbstoffe, Chemikalien, Apothekerwaren und ähnliche Erzeugnisse, die aus dem Deutschland durch den Friedensvertrag auferlegten Lieferungen herführen, sind von der Entrichtung jeglichen Zolles befreit. Die Verteilung der betreffenden Erzeugnisse vollzieht sich unter Kontrolle der Regierung. Die Einfuhr der in Frage kommenden Farbstoffe, Chemikalien, Apotheker- und ähnlichen Waren deutscher Herkunft, soweit sie über die durch den Friedensvertrag Deutschland auferlegten Lieferungen hinausgeht, wird bis auf weiteres von einer vorläufigen Genehmigung abhängig gemacht, bis eine andere Entscheidung getroffen wird. Unter diesem Vorbehalt kann ihre Zulassung zu den Sätzen des Zolltarifs stattfinden. Alle früheren Bestimmungen, die diesem Gesetz widersprechen, sind hiermit aufgehoben. („Journal Officiel Paris“.) *Gr.*

Belgien. Freigabe der Einfuhr deutscher Waren. Für folgende Waren sind keine Ursprungszeugnisse oder Einfuhr genehmigungen wie sie für Waren deutscher Herkunft oder deutschen Fabrikats verlangt wurden, mehr erforderlich: Zucker, Biere aller Art, die über die holländische Grenze hereinkommen, Malz; photographische Apparate und Zubehör (mit Ausnahme von Platten, Filmen und photographischen Papieren); Gashähne; mineralischer und vegetabilischer Teer; bearbeiteter Kautschuk; Celluloid (in jeder Form); Leder, gegerbtes Leder; rohe und gegerbte Hämpe; Abfälle von allen Waren (Altmetalle einbegriffen); Schmirgel und alles ähnliche; Gussisen; natürliche Gummis; Öle und Fette für die Industrie; optische Artikel und Instrumente; wissenschaftliche Instrumente und Apparate aller Art außer chirurgischen Instrumenten; Meßinstrumente; roher und bearbeiteter Kork; Magnete; Gasmuffen; kostbare Metalle, roh und bearbeitet; Gips, kostbare Steine; rohe Mineralien aller Art mit Ausnahme von Kohle, Asbestprodukte; vegetabilische Rohprodukte aller Art; Gerbwaren; Harze; Schlacke; Isolierrohre; Röhren, verkupfert, vernickelt, in Blei, Zink oder Zinn; Glaswaren für Laboratoriumsgebrauch. („Indépendance Belge“ vom 20.11. 1919; „W. d. A.“)

Polen. Im Entwurf des neuen Zolltarifs sind die Zölle in Goldvaluta angegeben. Die Zollstelle kann aber den Zoll auch in polnischer Papiermark einzahlen, wobei eine Goldmark gleich drei Papiermark gerechnet wird. Der Tarif fußt im allgemeinen auf dem alten russischen Zolltarif. Rohmaterialien und sonstige Waren, die Polen nicht besitzt oder erzeugt, oder auch im Überfluß erzeugt, können zollfrei eingeführt werden. So sind u. a. zollfrei Kreide, Schmirgel, Graphit, Kohle, Koks, Fichtenharz, Asphalt, Gummi, Kautschuk, Guttapercha, Rohschwefel, Schwerspat, Salpeter, Pottasche, Phosphor, Gerberrinde, natürliche Gerbstoffe, unzerkleinerte pflanzliche Farbstoffe, Gaze, Mineralien, Kupfer, Nickel, Aluminium roh, Quecksilber, sämtliche Schriften und Zeitschriften. Erzeugnisse, die nicht im Inland hergestellt werden, werden dagegen mit einem kräftigen Zollschatz belegt. *Gr.*

Deutsch-Österreich. Die Behörden haben Bestimmungen aufgestellt, unter welchen die Bewilligung zur Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr erteilt werden. Diese neuen Bestimmungen treten am 27. d. M. in Kraft. — Interessenten erfahren Näheres bei der Geschäftsstelle des Deutsch-Österr.-Ungar. Wirtschaftsverbandes, Berlin W. 35, Am Karlsbad 16. („B. B. Z.“) *dn.*

Deutschland. Ausfuhr von Abfallglas. Die Verfügung, Waren des XV. Abschnitts des Zolltarifs (Glas und Glaswaren) ohne Ausfuhrbewilligung zur Ausfuhr zuzulassen, ist für Waren der Nr. 768 des Statistischen Warenverzeichnisses (Abfälle von der Glasbereitung und von Glasscherben von Glas und von Glaswaren) zurückgezogen worden. („Nachr.“) *on.*

Der Reichsminister der Justiz macht bekannt, daß der durch das Gesetz vom 18./3. 1904 vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen für die in Leipzig in der Zeit vom 29./2. bis 6./3. 1920 stattfindende Mustermesse und für die in Leipzig in der Zeit vom 14. bis 20./3. 1920 stattfindende Technische Messe und Baumessc eintritt. („Nachr.“) *on.*

Wirtschaftsstatistik.

Die Arbeitslöhne in der dänischen chemischen Industrie entwickelten sich nach der amtlichen Lohnstatistik folgendermaßen:

| Bezeichnung der Arbeiter | Durchschnittl. Stundenlohn | | | |
|------------------------------|----------------------------|-----------|------------|-----------|
| | Zahl der Arbeiter | April bis | Januar bis | |
| | im Juni 1919 | Juni 1919 | April 1918 | Jahr 1914 |
| Facharbeiter | 43 020 | 152,3 | 131,0 | 61,3 |
| Arbeiter ohne Fachausbildung | 34 765 | 125,0 | 107,8 | 45,5 |
| Männliche Arbeiter überhaupt | 77 785 | 140,1 | 120,6 | 55,0 |
| Weibliche Arbeiter | 16 999 | 78,5 | 62,4 | 29,6 |
| Sämtliche Arbeiter | 94 784 | 129,1 | 112,3 | 50,2 |

Hier nach sind die Durchschnittslöhne für sämtliche Industriearbeiter im April-Quartal 1919 gegenüber dem Jahre 1914 um 157,2% gestiegen: von 50,2 Oere auf 129,1 Oere für die Stunde. Die Lohnsteigerung ist bei den ungeschulten Kräften größer als bei den Facharbeitern: nämlich 174,7% und 148,8%. Nachstehend seien die Stundenlöhne, welche in der chemischen Industrie gezahlt worden sind, des näheren gegliedert, wobei auch die in Kopenhagen üblichen Sätze für sich besonders gegeben sind:

| Chemische Industrie | a=Kopenhagen b=Provinz | Zahl der Stundenlohn in Oere | | |
|----------------------------------|---------------------------|------------------------------|-----------------|-----------|
| | | Arbeiter | April-Juni 1919 | Jahr 1914 |
| Färbergesellen | { a | 26 | 141,8 | — |
| | { b | 9 | 123,3 | — |
| Arbeiteri. Ölmühlen(Gesellen) | { a | 20 | 145,5 | 58,4 |
| | { b | 3 | 19,3 | 44,1 |
| Desgl. gewöhnliche Arbeiter | { a | 224 | 120,4 | 43,4 |
| | { b | 330 | 121,6 | — |
| Arbeiter in Gummifabriken, | { a | 271 | 125,4 | — |
| — männliche | { b | 112 | 143,0 | — |
| Desgl. weibliche | { a | 198 | 73,4 | — |
| Arbeiter in Schwefelsäure | { a | 37 | 125,5 | 50,0 |
| fabriken | { b | 266 | 121,0 | 46,2 |
| Arbeiter in sonstigen Betrieben, | { a | 698 | 118,9 | 46,6 |
| — männliche | { b | 263 | 120,1 | — |
| Desgl. weibliche | { a | 882 | 69,1 | 27,8 |
| | { b | 346 | 52,3 | — |

Wie vorstehendes Zahlenspiel erscheint läßt, sind zwar die in der dänischen chemischen Industrie neuerdings gezahlten Stundenlöhne gegenüber dem Jahre 1914 beträchtlich gestiegen, sie blieben indessen nach wie vor hinter den Durchschnittssätzen für sämtliche Industriearbeiter nicht unerheblich zurück, so daß also die dänische chemische Industrie im Vergleich zu anderen Industriezweigen noch verhältnismäßig billig arbeitet. *Kl.*

Übersichtsberichte.

Die Entwicklung der südafrikanischen Industrie. Südafrika gehört zu den Ländern, die während des Krieges von der Einfuhr aus Europa so gut wie abgeschlossen waren, und die daher gezwungen wurden, sich eine eigene Industrie aufzubauen, die unter gewöhnlichen Verhältnissen im Konkurrenzkampf gegen ausländische Waren nie hätte zur Blüte kommen können. Die südafrikanische Industrie umfaßt jetzt eine große Anzahl von Warengebieten, in denen sich die Republik von der europäischen Einfuhr unabhängig gemacht hat. Die „Liverpool Post“ vom 8./10. 1919 gibt eine Aufstellung der hauptsächlich dort erzeugten Artikel, z. B. Calciumcarbid, Saucen und Gewürze, Stärke, Cichorie, Gummi und Leim, Desinfektionsmittel, Glasflaschen, Schuhputzmittel, kondensierte Milch, Farben, die aus in Südafrika gewonnenem Material hergestellt werden, Zuckerrohr, Blei- und Schrotkugeln, Arsenik und Asbest. Die Eisenindustrie Pretorias ist aus dem Stadium des Experimentierens herausgetreten und erzeugt Roheisen von sehr guter Beschaffenheit. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die sich damit beschäftigt, einen Zolltarif auszuarbeiten, damit die südafrikanischen Industrien vor der Überschwemmung mit europäischen Waren geschützt werden. Früher war die Zollfrage nur eine Angelegenheit der Staatseinkünfte, während in Zukunft hauptsächlich der Schutz der Erzeuger im Auge behalten werden soll. Doch nimmt man an, daß sich einige Betriebe trotz der hohen Zölle nicht halten können, wenn die Einfuhr aus Amerika, Japan und Europa wieder in vollem Maße einsetzt. („Ü.-D.“) *ll.*

Marktberichte.

Metallpreise in Berlin am 16./12. je 100 kg. Elektrolytkupfer wire bars (Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz) 2400 M. Notierungen der Kommission der Berliner Metallbörse: Raffinadekupfer 99—99,3% 2150—2200 M, Originalhüttenweichblei 860—875 M, Hüttenrohzink Syndikatspreis 450 M, Preis im freien Verkehr 790—830 M, Originalhüttenaluminium 98—99% in gekerbten Blöckchen 3000—3100 M, Zinn Banca, Straits, Billiton 6100—6200 M, Reinnickel 98—99% 3900—4000 M, Antimongregulus 925—950 M. („B. B. Z.“) *ar.*

Eine **Erhöhung der Gußeisenpreise** um 40%, mindestens aber um 90 M je dz hat der Verein Deutscher Eisengießereien beschlossen. („B. B. Z.“) *ll.*

Weitere Preiserhöhung für Kupferbleche. Der Kupferblechverband hat abermals die Verkaufspreise um 250 auf 2770 M je dz erhöht. („B. B. Z.“) *on.*

Die deutschen Messingwerke haben die **Preise für Messingblech** von 2000 M auf 2300 M und für Messingstangen von 1400 M auf 1650 M je dz erhöht. („B. B. Z.“) *on.*

Eine abermalige **Preiserhöhung für Eisenbleche** ist um 600 auf 3185 M eingetreten. Die Erhöhung wird damit begründet, daß die Feinblechwalzwerke infolge der unzureichenden Halbzeuglieferung durch den Stahlwerksverband gezwungen seien, verbandsfreies Halbzeug zu bedeutend höheren Preisen zu kaufen. („B. B. Z.“) *ll.*

Preise für Phosphorsäuredüngemittel. Der Reichswirtschaftsminister veröffentlicht im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 15./12. eine Verordnung, nach der Artikel I der Verordnung über die Preise für Phosphorsäuredüngemittel vom 9./8. 1919 dahin geändert wird, daß die Preise der Superphosphate für 1 Kilogrammprozent citratlösliche Phosphorsäure im Gebiet I 566 Pf., Gebiet II 558 Pf. betragen. Diese Verordnung ist mit Wirkung vom 1./10. 1919 in Kraft getreten. („Nachr.“) *on.*

Französische Fachblätter melden den fast gänzlichen **Stillstand der elsässischen Textilindustrie**, da die Rohstoffe mangeln. Das Syndicat du coton du Havre, das mit dem Syndicat des Filateurs de l'Est mit der Verteilung der für das Vogesengebiet bestimmten Waggons beauftragt ist, wurde benachrichtigt, daß man ihm rollendes Material nur für den Transport von 1500 Ballen Baumwolle wöchentlich stellen könne, das Vogesengebiet aber benötigt wöchentlich 4500 Ballen. („D. Allg. Z.“) *ll.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Bergbau und Hüttenwesen, Metalle.

Frankreich. Die neue französische Gesellschaft, die aus den Rombacher Hüttenwerken hervorgegangen ist, führt den Titel **Société de Rombas**. Das Aktienkapital beträgt 150 Mill. Fr. Außerdem will die Gesellschaft noch 100 Mill. Fr. 5½%ige Obligationen emittieren, die von allen gegenwärtigen und zukünftigen Steuern befreit werden sollen. Außer den Hüttenwerken von Rombach ist die Gesellschaft auch stark in Luxemburg und im Saar-

gebiet beteiligt. Im ganzen rechnet man auf eine jährliche Erzeugung von 1½ Mill. t. Die Gewinne sollen folgendermaßen verteilt werden: Zuerst werden 10% der legalen Reserve zugewiesen, sowie 6% Zinsen für das eingezahlte Kapital. Der Überschuß wird zu 10% an den Verwaltungsrat und zu 90% an die Aktionäre verteilt. („D. Allg. Z.“) *ar.*

Chemische Industrie.

Vereinigte Staaten. Amtliche Agentur zum Vertrieb deutscher Farben. Die Textile Alliance, Inc. ist als die ausschließliche amtliche Vertretung zum Einkauf, zur Einfuhr und zur Verteilung der deutschen Kupferfarben eingerichtet worden. („Hide and Leather“ vom 1./11. 1919.) *on.*

— **Staatliche Stickstoffwerke.** Das Kriegs-Staatssekretariat stellte bei dem Kongreß den Antrag, für die Fertigstellung der Stickstoffwerke in Muscle Shoals, Ala., weitere 12 Mill. Doll. zur Verfügung zu stellen. Die Regierung hat bereits mehr als 70 Mill. Doll. für die Anlage ausgegeben. Die Anlage soll in Kriegszeiten zur Herstellung von Sprengstoffen dienen und in Friedenszeiten Stickstoffdünger erzeugen. („United States Bulletin“ vom 10./11. 1919.) *dn.*

Frankreich. Das Ministerium für industriellen Wiederaufbau will die Lizenz für verschiedene Verfahren zur **Herstellung von synthetischem Ammoniak** unter gewissen Bedingungen an französische Industrie vergeben. Anfragen sind an die Direction des poudres, 147, Rue de Courcelles, zu richten. („Le Sémaphore“ vom 6./12. 1919.) *on.*

Verschiedene Industriezweige.

Deutsch-Österreich. Zusammenschluß in der Gärungsindustrie. Das Simmeringer Unternehmen der Firma Mautner-Markhof und die Wien-Reindorfer Fabrik der Firma Springer haben sich zur neuen Firma Vereinigte Mautner'sche Preßhefefabriken G. m. b. H. zusammengeschlossen, an welcher alle vormaligen Eigentümer beteiligt sind. („Nachr.“) *ll.*

— **Sozialisierung der Zuckarfabriken.** Der Anfang der Sozialisierung wird mit der niederösterreichischen Zuckarfabrik in Leopoldsdorf gemacht. Die Rübenbauer übernehmen die Fabrik zur Hälfte, und zwar in der Weise, daß ihnen eine paritätische Vertretung im Aktienkapital und in der Verwaltung eingeräumt wird. („D. Allg. Z.“) *on.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Aus der Kaliindustrie.

Hilferuf der Kaliarbeiter an die Arbeiter der Kohlengruben und Eisenbahnwerkstätten. Daß in den Kreisen der Kaliarbeiter starke Beunruhigung über das häufige Einlegen von Feierschichten wegen Kohlen- und Waggonmangel herrscht, zeigte eine große Konferenz sämtlicher Arbeiterausschüsse der Kaliindustrie der Bezirke Hannover, Braunschweig und Hildesheim. Als Ergebnis der Debatte fand dort folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die am 7./12. in Hannover abgehaltene Konferenz der Arbeiterausschüsse der gesamten hannoverschen und braunschweigischen Kaliwerke bedauert sehr, daß die Kaliindustrie nicht besser mit Kohlen versorgt wird und zum Einlegen von vielen Feierschichten, ja, sogar zur Stilllegung ganzer Werke verurteilt ist. Kali als Düngemittel braucht aber nicht nur die deutsche Landwirtschaft in noch höherem Maße als bisher, sondern auch das Ausland schmachtet danach und würde jährlich für viele hundert Mill. M Kalisalze beziehen, wenn wir mehr Kohlen und Waggons hätten. Dadurch wäre es möglich, mehr Lebensmittel und Bedarf Artikel aus dem Auslande zu beziehen und die Valuta zu heben. Die Konferenz ersucht deshalb die Regierung dringend, der Kaliindustrie mehr Kohlen zu besorgen und mehr Eisenbahnwagen zum Abtransport der Erzeugnisse zu stellen. An die Arbeiter der Kohlengruben und Eisenbahnwerkstätten appellieren die Kaliarbeiter, nach Kräften dahin zu wirken, daß angesichts der großen Kohlennot und des Wagenmangels auch sie vor einigen Überschichten und in Eisenbahnwerkstätten auch vor Akkordarbeit nicht zurückstehen. Im Bergbau ist die Akkordarbeit stets beibehalten worden. „Arbeiter des Kohlenbergbaues und der Eisenbahnbetriebe, helft uns durch Lieferung von mehr Kohlen, Waggons und Lokomotiven, dann können wir durch stärkere Kaliieferung die Herbeischaffung von mehr Lebensmitteln ermöglichen. Einer für alle, alle für einen. Das muß angesichts der großen Not unsere gemeinsame Parole sein.“ („Voss. Z.“) *on.*

Chemische Industrie.

Rückgang der Sodaerzeugung. Trotz wiederholter Bemühungen der zuständigen Stellen beim Reichskohlenkommissar hat sich die Brennstoffversorgung der Sodaerzeuger noch immer nicht gebessert. Das Mißverhältnis zwischen Erzeugung und Anforderung der Vertragsstellen, selbst wenn man nur besonders wichtige Verbrauchs-

gruppen berücksichtigt, nähert sich immer mehr dem Stadium, wo schwere Erschütterungen des Wirtschaftslebens wegen des Soda-mangels zu erwarten sind. Die Oktobererzeugung ist niedriger ausgefallen als die Erzeugung in den vorhergehenden Monaten. Für den Monat November ist das gleiche Resultat festzustellen, da der Bruchteil der Belieferung der Sodafabriken mit Kohlen sich noch weiter verkleinert hat. Wie wir erfahren, hat sich der Kohlenkommissar außerstande erklärt, durchgreifende Maßnahmen zugunsten der Sodafabriken zu treffen. Es muß also, trotz der schwierigen Kohlenlage der letzte Schritt, von dem noch eine Besserung erhofft werden kann, nämlich die Herbeiführung einer Kabinettsentscheidung über die Gleichstellung der Sodafabriken in der Kohlenbelieferung mit den Gas- und Elektrizitätswerken, bald getan werden. („ChWK.“) *ar.*

In dem **Stickstoff-Ausschuß**, der seit kurzem besteht und von Zeit zu Zeit unter dem Vorsitz des Reichswirtschaftsministeriums zusammentritt, sind das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsschatzministerium, die Gliedstaaten, das Stickstoff-Syndikat, die deutsche Landwirtschaft in ihren verschiedenen Verbänden, der Handel, die Phosphatfabriken und die Arbeitnehmer vertreten. Seine Aufgaben bestehen in der Festsetzung der Verkaufspreise und der Umlage, Festsetzung der Lieferungsbedingungen, Festsetzung der Verteilung der Erzeugung an Landwirtschaft und Handel, Regelung der Ein- und Ausfuhr und Belieferung. Der Stickstoff-Ausschuß stellt im deutschen Wirtschaftsleben eine neue Erscheinung dar. („ChWK.“) *ll.*

Die Firma Edwin Gnabs, Hamburg (Erzeugnisse der Teerprodukte-Industrie) wird ab 11./12. 1919 von dessen Nachfolger unter der Firma **C. F. Paul Behrens** in unveränderter Weise weitergeführt. Die Kontorräume befinden sich von nun ab Hamburg 11, Deichstraße 17. *on.*

Verschiedene Industriezweige.

Ursprungsbezeichnung auf deutschen Waren. In Industrie- und Handelskreisen scheint noch vielfach Unklarheit darüber zu bestehen, ob und welche *n a c h E n g l a n d* ausgeführten Waren mit der bekannten Ursprungsbezeichnung „*m a d e i n G e r m a n y*“ verschen sein müssen. Die in England für eingeführte Waren geltenden Ursprungsbezeichnungen bezwecken eine Verhinderung des unlauteren Wettbewerbs, indem ausländische Waren, die vermöge der Aufmachung, Aufschrift und dergleichen für inländisches Fabrikat gehalten werden könnten, mit einem ihren Ursprung bezeichnenden Aufdruck versehen sein müssen. Demnach brauchen beispielsweise nach England eingeführte Werkzeuge, die keinerlei Aufschrift tragen, mit der Bezeichnung „*made in Germany*“ nicht versehen zu sein. Sie kann auch dann fehlen, wenn die fraglichen Gegenstände beispielsweise den Stempel der deutschen Firma oder irgendeine Angabe (betrifft der Größe, Qualität usw.) in deutscher Sprache besitzen. Wenn sich jedoch auf den Gegenständen Angaben in englischer Sprache befinden, müssen dieselben mit der Aufschrift „*made in Germany*“ versehen sein, da ohne letztere dieselben für englische Waren gehalten werden könnten. In allen Fällen, bei denen die Angabe der Ursprungsbezeichnung erforderlich ist, muß diese — sofern der Gegenstand es gestattet — auf ihm selbst und nicht auf der Umhüllung angebracht werden. („Nachr.“) *ll.*

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Arbeitgeber- und Arbeitnehmerfragen.

Der Großhandel zum Betriebsratgesetz. Das Präsidium und der Vorstand des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels nahmen zu dem Ergebnis der ersten Lesung des sozialpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung über das Betriebsratgesetz Stellung. Es wurde nicht verkannt, daß durch die Ausschußarbeiten die Regierungsvorlage in einigen Punkten eine Verbesserung erfahren hat, gleichzeitig wurde jedoch einmütig der Auffassung Ausdruck gegeben, daß das in der Frage der Bilanzvorlegung, dem Eintritt der Betriebsräte in den Aufsichtsrat und der Mitbestimmung bei der Einstellung zustande gekommene Kompromiß in keiner Weise den seitens des Großhandels mit Entschiedenheit zum Ausdruck gebrachten Bedenken Rechnung trägt. Nach wie vor müsse die Aufnahme der Betriebsräte in den Aufsichtsrat als rechtlich unmöglich und sachlich widersinnig, der Vorlegungszwang der Bilanz und die Einsichtnahme in die Bücher als eine Quelle ständiger Unruhe und Agitation bezeichnet werden. Die schwierige Wirtschaftslage erfordert in der nächsten Zeit in den Handelsbetrieben die einheitliche Einsetzung aller Kräfte und insbesondere größte Anpassungsfähigkeit an die veränderten Verhältnisse. Der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form aber würde die Handelsbetriebe zum Gegenstand gefährlicher Experimente und zum Kampfplatz wilder Lohnbewegungen unter Mißachtung der mit den großen gewerkschaftlichen Verbänden abgeschlossenen Tarifverträge machen. Damit würden an Stelle der erstrebten Steigerung der Wirtschaftlichkeit neue Hem-

mungen der Erzeugung treten. Das Gesetz über die obligatorischen Schiedsgerichte kann schon deshalb nicht als ein Ausgleich für die Gefahren des zustande gekommenen Gesetzes anerkannt werden, als aus den Äußerungen der Führer der Sozialdemokratie zum Betriebsratgesetz bereits erkennbar ist, daß das Kompromiß nur die Plattform für neue scharfe Kämpfe der organisierten Arbeitnehmerchaft innerhalb der Betriebe um weitere Rechte bedeuten wird. Unter diesen Umständen muß der Zentralverband des Deutschen Großhandels auf die ungemein große Gefahr hinweisen, die dem Handel aus der Verwirklichung des Gesetzes auf der Grundlage des Kompromisses erwächst. Schon jetzt führen die drohenden Bestimmungen zu organisatorischen Umänderungen im Handel, die für die deutsche Volkswirtschaft höchst unerwünscht sind. Der Verband hält es deshalb für seine Pflicht, vor den Konsequenzen, die aus der Durchführung des Gesetzes notwendigerweise entstehen müssen, mit aller Entschiedenheit noch in letzter Stunde zu warnen. („B. Z.“) *dn.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Dr. Leo Grünhut, Abteilungsvorsteher an der Deutschen Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie in München, wurde der Titel eines Professors verliehen.

Der o. Professor für Eisenhüttenkunde an der Technischen Hochschule zu Breslau Dr.-Ing. Paul Oberhoffer ist in gleicher Eigenschaft an die Technische Hochschule zu Aachen als Nachfolger von Geh. Rat Wüst versetzt worden.

Es wurde berufen: Dr. L. Ruzicka, Privatdozent an der Technischen Hochschule in Zürich, als o. Professor für organische Chemie an die Technische Hochschule in Agram.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Dr. F. E. Breithut, bisher Hilfs-Professor für Chemie am College von New York, während des Krieges Major im Chemical Warfare Service, trat in die Dienste der Foundation Oven Corp., New York.

H. K. Davies, von der Wailace & Tiernan Co., Inc., New York, trat in die Dienste der Pennsylvania Salt Manuf. Co., Philadelphia, Pa., mit dem Auftrage, die Verwendung flüssigen Chlors einzurichten.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: K. Busch, Hamburg, H. Gonnermann, Velsen (Holland), Chemiker Dr. R. Lepsius, Berlin, und J. Schraube, Magdeburg, bei der Fa. „Dr. Lepsius, Schraube & Co. m. b. H.“, Magdeburg; G. Dahmann und W. H. Schmidt, Cöln, bei der Fa. Dahmann & Schmidt m. b. H., Cöln; Dr. H. Graf, Velten, bei der Fa. Chemische Fabrik Dr. Hans Sachsse, G. m. b. H. in Velten; H. Meill, Blankenburg a. Harz, und Ing. K. Schmidt, Halberstadt, bei der Bergwerk Otto, G. m. b. H., Halberstadt; H. Reinhardt, Flensburg, und Chemiker M. W. A. W. Reinhardt, Hohenheim bei Stuttgart, bei der Fa. Chemisch-pharm. u. kosmet. Industrie- u. Handelsgesellschaft m. b. H., Flensburg.

Prokura wurde erteilt: Fabrikant A. Beckmann, Beekum, bei der Fa. Beckumer Portland-Zementwerk Illigens, Ruhr & Klasberg in Beekum; A. L. J. Schilling, Flensburg, bei der Fa. Chem.-pharm. u. kosm. Industrie- u. Handelsgesellschaft m. b. H., Flensburg.

Gestorben sind: Chemiker J. Ford am 9./11. in Portobello. — E. Görbig, Direktor der Zuckerfabrik Gr. Peterwitz b. Canth, am 5./12. — Dr. E. G. Love, Chefchemiker der Consolidated Gas Co., Schatzmeister der Amerikanischen Chemischen Gesellschaft, früher Präsident des Chemists' Club am 12./9. an den Folgen einer Operation, 69 Jahre alt. — Analytiker G. Whewell im Alter von 72 Jahren.

Eingelaufene Bücher.

(Die Besprechung der eingelaufenen Bücher wird vorbehalten.)

Schuberth, H., Das Lichtpaus-Verfahren oder d. Kunst, genaue Kopien mit Hilfe des Lichtes unter Benützung von Silber-Eisen- u. Chromsalzen herzustellen. 3. verm. Aufl. Mit 19 Abb. Wien u. Leipzig 1919. A. Hartleben. geh. M. 3,60

Wallach, Dipl.-Ing., Deutsche Forschungsstätten techn. Arbeit. Berlin 1919. Selbstverlag des Vereines Deutscher Ingenieure.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Im Verein Deutscher Ingenieure fand am 27./11. eine Sitzung statt, die sich mit der Frage der Erforschung der Metalle beschäftigte und einstimmig die Gründung einer „Deutschen Gesellschaft für Metallkunde“, vollzog. Zum Vorsitzenden wurde Geh. Reg. Rat Prof. E. Heyn gewählt.

Gr.